



Newsletter der SPD Frankfurt am Main Nr. 301

***Peter Feldmann – stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Römer:
„Gut Wohnen - Wohnungsbau aus Mietersicht“
Podiumsgespräch im Römer, Sitzungssaal „Haus am Silberberg“***

Immer mehr Menschen ziehen in die Stadt. Immer mehr Menschen müssen die Stadt verlassen. Eine gegensätzliche Behauptung, die dennoch stimmt. Statistisch nachgewiesen ist die stetig ansteigende Zahl der Bewohner Frankfurts. Ebenfalls nachgewiesen sind die seit den 90er-Jahren anhaltend steigenden Mieten in der Stadt und ein Abbau von geförderten Wohnungen. „1995 gab’s noch 52.000 Sozialwohnungen und jetzt sind es nur noch 32.000“, so Peter M. Feldmann, sozialpolitischer Sprecher der SPD und er fragt weiter: „Wie reagiert die offizielle Wohnungspolitik auf die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und inwieweit kann Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft ihrer sozialen Verantwortung in Frankfurt gerecht werden?“



Peter Feldmann

Am Montag, 30. August um 18 Uhr moderiert Feldmann das Podiumsgespräch mit Prof. Thomas Dilger, Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte und Sieghard Pawlik, dem Vorsitzenden des Mietervereins Höchst **Wohnen.** Während Dilger den zentralen Ansatz der Städteentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe sieht, schränkt er zugleich die Verantwortung der Nassauischen Heimstätte auf die einer bloßen Unterstützung ein. Pawliks Schwerpunkt liegt bei bezahlbarem Wohnraum in der Stadt, um ein stabiles Wohnumfeld zu erhalten.

Feldmann will die Debatte anregen, denn eine Abwanderung der sozial Schwachen verändert ein gut funktionierendes Stadtbild. Während Mieten im gehobenen Segment stagnieren und zum Teil sogar rückläufig sind, haben soziale Mittelschichten Probleme, eine bezahlbare angemessene Wohnung zu finden. Nahezu grotesk ist dazu ein Städtevergleich Frankfurt - Aachen: Während in Aachen die Mietkosten bloß etwa die Hälfte von denen in Frankfurt betragen, verdienen die Menschen in Aachen durchschnittlich mehr als in Frankfurt. (AnwaltOnline GbR Berlin – Mietspiegel & Auswertung der Statistischen Landesämter – Men’s Health-Quelle 04/2010)

Feldmann hakt nach: „Müssen sozial schwache Menschen von Frankfurt am Main, und das sind oft Familien mit Kindern, ältere Menschen, Studenten und Migranten, wegziehen und ihre gewohnte Umgebung aufgeben? Will die Stadt Frankfurt ein Flair von Schicki-Micki und Topverdienern bewusst fördern?“ Die SPD lädt ein zu einer Diskussionsrunde nach dem Podiumsgespräch.

Lippenbekenntnisse zu erneuerbaren Energien - Politik im Sinne der Atomlobby Merkels Bildungsreise vergebens?

"Nicht jede Bildungsreise zeigt den gewünschten Erfolg. Auch die energiepolitische Bildungsreise von Bundeskanzlerin Merkel scheint vergebens gewesen zu sein. Sie hält an der Verlängerung der Atomlaufzeiten fest und steht dabei für eine energiepolitisch und wirtschaftspolitisch rückwärtsgewandte Politik", kommentierte der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel zum Abschluss der Merkel-Reise am Freitag in Darmstadt.

"Frau Merkel verbindet Lippenbekenntnisse zu den Erneuerbaren Energien mit einer knallharten Politik im Sinne der Atomlobby. Darüber können auch die Schaukämpfe zum Thema Brennelementesteuer nicht hinwegtäuschen. Das politische Ziel ist klar definiert - die Atomkraftwerke sollen lange weiterlaufen trotz aller bestehenden Risiken", sagte der Sozialdemokrat weiter.

Selbst die Gutachter der Bundesregierung kämen offenbar zu dem Ergebnis, dass längere Atomlaufzeiten nicht zu spürbar geringeren Strompreisen führten und auch nicht die Versorgungssicherheit erhöhten. "Die Argumentation der schwarzgelben Atom-Politiker ist zusammengebrochen. Übrig bleibt der Einsatz für die Wirtschaftsinteressen der Kraftwerksbetreiber, zu Lasten der Sicherheit und zu Lasten einer fortschrittlichen Energiepolitik, die Wertschöpfung in die Regionen bringt, Arbeitsplätze schafft, den Klimaschutz sicherstellt und eine sichere Versorgung gewährt." Als "Treppenwitz" bezeichnete Schäfer-Gümbel die Vorstellung der Kanzlerin, die Betreiber von Atomkraftwerken zu weiteren vertraglich vereinbarten Zahlungen zu bringen. "Diese Firmen sind nicht vertragstreu, das zeigt nichts deutlicher als der Ausstieg aus dem Atom-Ausstieg."

Frau Merkel hätte sich auf Ihrer Energiereise im Endlager Asse über die Risiken des Atommülls informieren können oder im Reaktor Biblis über mangelhaften Schutz gegen Flugzeugabstürze und die fehlende externe Notstandswarte. "Tatsächlich hat Frau Merkel auf ihrer Bildungsreise die Risiken der von ihr propagierten Atompolitik ausgeblendet."



Biblis abschalten. Thorsten Schäfer-Gümbel im April 2010 vor dem Atomkraftwerk.

Das lesen Hessen auf dem Weg nach Rheinland-Pfalz : Gebührenfreie Bildung für Alle statt Neiddebatte zwischen den Ländern

Die rheinland-pfälzische SPD-Generalsekretärin Heike Raab und der hessische SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel haben sich am Freitag für das Ziel "Chancengleichheit im Bildungssystem durch gebührenfreie Bildungsangebote" ausgesprochen. Bei einer Aktion des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz in Mainz sagten Raab und Schäfer-Gümbel: "Jedes Kind - egal auf welcher Rheinseite es lebt - sollte uns gleichermaßen am Herzen liegen." "Chancengleichheit unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ist die Grundlage für eine gute Zukunft unserer Kinder und zugleich präventive Jugendhilfe", so Raab. "Dagegen eine Neiddebatte zwischen den Ländern anzuzetteln, ist ziemlich kleinkariert", ergänzte Schäfer-Gümbel. "Rheinland-Pfalz hat klare Prioritäten gesetzt und sich entschieden, das vorhandene Geld gezielt in mehr Bildungsgerechtigkeit zu investieren."



Thorsten Schäfer-Gümbel und Generalsekretärin Heike Raab

"Gebührenfreie Bildung vom Kindergarten bis zum Erststudium gibt es in dieser Form nur in Rheinland-Pfalz", betonten Raab und Schäfer-Gümbel. Studien belegen, dass dies im Ländervergleich mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem eröffnet. Gleichzeitig würden durch den guten Ausbau der frühkindlichen Betreuung und der über 550 Ganztagschulen Familie und Beruf besser vereinbar: "Die Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz bieten eine qualitativ hochwertige Betreuung mit einem bundesweit hervorragenden Betreuungsschlüssel. Durch den seit August gebührenfreien Kindergarten für Kinder ab zwei Jahren sparen Familien pro Jahr und Kind durchschnittlich 800 Euro. Das ist eine echte und real spürbare Entlastung für Familien", so Raab.

Die SPD-geführte Mehrheit in Hessen habe während der Zeit der geschäftsführenden Regierung von Roland Koch gezeigt, dass auch Hessen diese Prioritäten setzen könne, wenn der politische Wille vorhanden sei, so Schäfer-Gümbel. "Herr Koch hat behauptet, ohne Studiengebühren geht es nicht. Wir haben sie abgeschafft und den Hochschulen die entfallenden Mittel ersetzt. Dieses Beispiel zeigt: Es geht doch."

Termine

Montag, 30. August 2010 (18.00 Uhr bis 21.00 Uhr) / „Gut Wohnen - Wohnungsbau aus Mietersicht“ Römer, Sitzungssaal Haus am Silberberg Frankfurt am Main / „Gut Wohnen - Wohnungsbau aus Mietersicht“ Podiumsgespräch im Römer, Sitzungssaal „Haus am Silberberg“ Peter Feldmann moderiert das Podiumsgespräch mit Prof. Thomas Dilger, Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte und Sieghard Pawlik, dem Vorsitzenden des Mietervereins Höchster Wohnen.

Dienstag, 31. August 2010 (18.00 Uhr bis 20.00 Uhr) / Vorstandssitzung AG 60plus / SPD Parteihaus / Fischerfeldstraße 7-11 / Frankfurt am Main

Dienstag, 31. August 2010 (18.30 Uhr bis 22.00 Uhr) / "Nie wieder Too big to fail? / Aktuelle Herausforderung der Finanzmarktregulierung" / Frankfurter School of Finance & Management / Sonnemannstraße 9 -11 / Frankfurt am Main / Auftaktveranstaltung des neuen Finanzforums der Frankfurter SPD, u.a. mit dem Präsidenten der BaFin Jochen Sanio, Dr. Stefan Mai (Deutsche Börse AG) und Dr. Joachim Nagel (Deutsche Bundesbank). Moderation: Mark Schieritz, Finanzmarktkorrespondent DIE ZEIT.

Mittwoch, 01. September 2010 (19.00 Uhr bis 21.00 Uhr) / Streitgespräch Grundeinkommen / Saalbau Titus-Forum Nordwestzentrum / Walter-Möller-Platz 2 / Frankfurt am Main / Die Systemkrise des Wirtschaftens, die Krise des Sozialstaats und die damit verbundene steigende Armut in weiten Teilen der Bevölkerung werfen die Frage auf, ob gesellschaftliche Teilhabe durch die Einführung eines Grundeinkommens sichergestellt werden kann? Doch die Einführung eines Grundeinkommens ist gerade unter linken Parteien und Gewerkschaften umstritten. Die Frankfurter SPD-Landtagsabgeordnete Andrea Ypsilanti lädt sie deshalb ganz herzlich zu einer kontroversen

Debatte mit interessanten Gästen ein. / Es diskutieren: Katja Kipping, MdB, Stellv. Parteivorsitzende der Linkspartei / Armin Schild Bezirksleiter der IG-Metall / Andrea Ypsilanti, MdL / SPD-Landtagsabgeordnete

Donnerstag, 02. September 2010 (19.00 Uhr bis 21.00 Uhr) / Mitgliederversammlung des OV Nordweststadt-Süd / Saalbau Nordweststadt, Clubraum 8 / Walter-Möller-Platz 2 / Frankfurt am Main

Donnerstag, 02. September 2010 (20.00 Uhr) / öffentliche Vorstands- und Mitgliederversammlung OV Westend / Haus der Begegnung / Gärtnerweg 62 / Frankfurt / u.a. mit Präsentation eines "Relaunch" des OV-Internetauftrittes

Samstag, 04. September 2010 (11.00 Uhr bis 13.00 Uhr) / Politisches Frühstück mit Bürgersprechstunde der Höchster SPD / SPD - Laden Höchst / Albanusstraße 2 / Frankfurt am Main / Die Höchster SPD lädt zum "Politischen Frühstück" mit Bürgersprechstunde ein. Von 11:00 bis 13:00 wird Michael Dehl (Vorsitzender der Höchster SPD) für stets gefüllte Kaffeetassen sorgen. Dehl beschäftigt sich intensiv mit der Weiterentwicklung von Höchst. Er freut sich auf einen regen Gedankenaustausch zu diesem Thema mit Höchster Bürgerinnen und Bürger. Sein weiteres Interesse gilt finanz- und wirtschaftspolitischen Themen. So ist er Mitinitiator des neuen Finanzforum der Frankfurter SPD. Auch für diese Themen steht er als Anprecher- und Diskussionspartner gerne zur Verfügung.

Als Gast wird der aktive Lehrer Hubert Schmitt anwesend sein und sich den Anregungen und Fragen interessierter Bürgerinnen und Bürger stellen. Hubert Schmitt ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Ortsbeirat 6. Eines seiner Schwerpunktthemen ist die Schulpolitik im Frankfurter Westen.

Insbesondere setzt er sich für den zügigen Bau der Integrierten Gesamtschule (IGS) ein.

Beim politischen Frühstück haben interessierte Bürgerinnen und Bürger zudem die Gelegenheit, mit Hubert Schmitt, Michael Dehl und weiteren Höchster SPD-Mitgliedern über die große und kleine Politik zu diskutieren, Probleme im Frankfurter Westen zu besprechen oder einfach nur nach einem Einkauf auf dem Höchster Markt bei einer Tasse Kaffee oder Tee ein Schwätzchen zu halten.

Sonntag, 05. September 2010 (13.00 Uhr bis 18.00 Uhr) / Familienfest im Kobolt-Zoo

Ausrichter: OV Goldstein, OV Schwanheim, westliche Stadtteile

Tierischer Spass mit der SPD im Kobolt-Zoo mit Essen, Trinken und spielen...

Bei Gesprächsbedarf sind wir auch für Sie da:

Marion Weil-Döpel, Stadtverordnete

Arnold Weber Stadtverordneter

Michael Paris Stadtverordneter

und SPD-Ortsbeiräte des Frankfurter Westens

Der Erlös des Festes kommt dem Kobolt-Zoo zugute